



N i e d e r s c h r i f t

über die 9. öffentliche Sitzung des Gesundheitsausschusses in der Wahlperiode 2023/2027 am 27.08.2025

Sitzungsraum: Stadthaus 1, Raum 237, großer Sitzungssaal
Beginn: 16:00 Uhr
Ende: 16:56 Uhr

Teilnehmer/innen:

Ausschussvorsitzende

Frau Stadträtin Toense

SPD-Fraktion

Frau Stadtverordnete Batz
Herr Stadtverordneter Caloglu
Herr Stadtverordneter Hoffmann
Frau Stadtverordnete Wittig

CDU-Fraktion

Frau Stadtverordnete Dertwinkel
Frau Stadtverordnete Hilck
Frau Stadtverordnete Steinbach

Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN + P

Herr Stadtverordneter Baumann-Duderstaedt

BD-Fraktion

Herr Stadtverordneter Stark

Die MÖWEN-Fraktion

Frau Stadtverordnete Brand

FDP-Fraktion

Herr Stadtverordneter Freemann

AfD-Gruppe

Herr Stadtverordneter Koch

unentschuldigt

WFB-Fraktion

Frau Stadtverordnete Ax

unentschuldigt

Weitere Teilnehmer/innen:

Gesundheitsamt:

Herr Dr. Ackermann

Herr Schröder

Frau Bock

Rechnungsprüfungsamt:

Frau Meyer

Gesamtpersonalrat:

nicht anwesend

Personalrat Soziales, Familie, Gesundheit und Sport:

Herr Zager

Schwerbehindertenvertretung:

nicht anwesend

Frauenbeauftragte für Soziales, Familie, Gesundheit und Sport:

nicht anwesend

Die Ausschussvorsitzende Frau Stadträtin Toense begrüßt die Ausschussmitglieder und die Gäste und teilt mit, dass Herr StV Schott von der CDU durch Frau StV Hilck vertreten wird, Herr StV Koch von der AfD-Gruppe und Frau StV Ax von der WfB-Fraktion unentschuldigt fehlen.

Anschließend stellt die Ausschussvorsitzende die fristgerechte Zustellung der Sitzungsunterlagen, die ordnungsgemäße Einladung der Ausschussmitglieder und Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Änderungswünsche zur Tagesordnung liegen nicht vor. Die Tagesordnung wird einstimmig beschlossen.

1. Einwohnerfragestunde

Es liegen keine Einwohnerfragen vor.

2. Genehmigung der Niederschrift der 8. öffentlichen Sitzung des Gesundheitsausschusses in der Wahlperiode 2023/2027 am 21.05.2025

GA 12/2025

Der Gesundheitsausschuss genehmigt die Niederschrift in der beigefügten Fassung, bei zwei Enthaltungen von Frau StV Hilck (CDU) und Frau StV Brand (DIE MÖWEN).

3. Sachstandsbericht gemäß § 49 Abs. 2 GOSTVV

GA 11/2025

Der Gesundheitsausschuss nimmt den Sachstandsbericht in der vorgelegten Fassung zur Kenntnis.

4. Vorträge / Vorlagen

4.1. Projekt: „Gesunder Umgang mit Medien im Kindes- und Jugendalter“ - Vortrag durch Frau Flemming und Frau Törper (Landesvereinigung für Gesundheit und Akademie für Sozialmedizin Niedersachsen Bremen e. V.)

Die Ausschussvorsitzende leitet den Vortrag zum Projekt „Gesunder Umgang mit Medien im Kindes- und Jugendalter“ ein. Sie weist darauf hin, dass es insbesondere im Laufe der letzten Jahre zu immer stärkeren und früheren Nutzungen digitaler Medien durch Kinder im Grundschulalter und Jugendliche kommt. Um hier entsprechende Aufklärungsarbeit zu leisten, wurde das Projekt „Gesunder Umgang mit Medien im Kindes- und Jugendalter“ ins Leben gerufen, das von der LVG umgesetzt wird. Das Förderprogramm läuft noch bis Mitte nächsten Jahres und wird durch die Krankenkassen bzw. die Krankenkassenverbände finanziert.

Frau Flemming und Frau Törper berichten, dass das Projekt das Ziel verfolgt, Medienkompetenz und einen gesundheitsförderlichen Umgang mit digitalen Medien bei Kindern, Jugendlichen, Eltern und Fachkräften zu fördern. Es umfasst vier zentrale Handlungsfelder:

1. Workshops an Grundschulen:

Die Durchführung findet in der Regel in den vierten Klassen statt. Inhalte sind u. a. Umgang im Klassenchat, Gaming, Datenschutz, sichere Passwörter, Reflexion über Mediennutzung und Tagesstruktur.

2. **Jugendarbeit im Quartier:**

Angebote finden in Jugendfreizeiteinrichtungen, oft in Kooperation mit externen medienpädagogischen Akteur:innen statt. Arbeit mit schwer erreichbaren Jugendlichen (u. a. Schulverweigernde): Ziel ist die niedrigschwellige Ansprache von Jugendlichen mit erhöhtem Medienkonsum, die weder Schule noch Freizeitangebote regelmäßig wahrnehmen.

3. **Begleitende Elternangebote:**

Durchführung von Elternabenden an Schulen und in Quartierseinrichtungen zur Sensibilisierung für die Mediennutzung von Kindern.

4. **Multiplikator:innen-Schulung:**

Fortbildungen für Gesundheitsfachkräfte, Mitarbeitende in der Jugendhilfe sowie Fachkräfte aus den „Frühen Hilfen“. Ziel ist die frühzeitige Sensibilisierung und Befähigung zur medienpädagogischen Beratung von Familien.

Im laufenden Schuljahr 2024/2025 wurden in Bremerhaven 30 Workshoptage an vier kooperierenden Grundschulen durchgeführt. Weitere Veranstaltungen sind in Planung. Es bestehen Kontakte zu Schulen sowie zur offenen Jugendarbeit, um zusätzliche Workshop-Formate umzusetzen. Eine Fortbildung für Fachkräfte der Jugendhilfe befindet sich derzeit in der Vorbereitung.

Aus den bisherigen Erfahrungen ergeben sich folgende Beobachtungen:

- Der Medienkonsum bei Kindern beginnt früh; viele Viertklässler verfügen bereits über ein eigenes Smartphone und weisen hohe Bildschirmzeiten auf.
- Kinder zeigen ein starkes Interesse an den Workshop-Inhalten und reflektieren ihr eigenes Verhalten – insbesondere beim Vergleich digitaler und analoger Freizeitgestaltung.
- In der Arbeit mit Jugendlichen ist die Ermutigung zur Teilnahme herausfordernder, jedoch berichten Teilnehmende nach Durchführung der Angebote von einem hohen Mehrwert.
- Themen wie Altersfreigaben (z. B. GTA V), Cybermobbing, Fake News (z. B. TikTok-Mythen wie der „National Rape Day“) sowie Schönheitsideale sind besonders relevant.
- Im Bereich der „Frühen Hilfen“ ist ein wachsender Bedarf an medienpädagogischer Sensibilisierung erkennbar. Entsprechende Angebote sind in Abstimmung mit den zuständigen Stellen in Planung.

Die Ausschussvorsitzende bedankt sich für den Vortrag und erkundigt sich, ob seitens der Ausschussmitglieder noch etwaige Rückfragen bestehen.

Frau StV Dertwinkel (CDU) berichtet von einem Modellvorhaben aus Australien, dass die Altersgrenze zur Nutzung sozialer Medien auf 16 Jahre aufgesetzt hat. Sie fragt, ob man sich solche Modelle auch in Deutschland vorstellen könnte. Frau Flemming erwidert, dass es schwierig ist, Kinder vollständig von Medien fernzuhalten. Vielmehr sollte die Mediennutzung von Anfang an aktiv begleitet werden, ähnlich wie es im Straßenverkehr zwischen Eltern und Kindern üblich ist. Medien sollten nicht grundsätzlich verboten, jedoch eingeschränkt und verantwortungsvoll genutzt werden. Ein vollständiges Verbot bis zum Alter von 16 Jahren sei kaum praktikabel. Frau Törper ergänzt, dass vor diesem Hintergrund die Workshops für Jugendliche eine besondere Bedeutung haben, um eine reflektierte und begleitete Mediennutzung zu fördern.

Frau StV Wittig (SPD) weist darauf hin, dass der neue Suchtbeauftragte der Bundesregierung bereits an einem ähnlichen Konzept arbeiten würde.

Herr StV Freemann (FDP) bedankt sich zunächst für den Vortrag und fragt nach dem Unterschied zwischen Jugendschutz und dem Umgang mit Medien. Zudem stellt er die Frage, ob die sogenannte 3-6-9 Regelung noch zeitgemäß ist. Auch erkundigt er sich, ob das Fernsehen als Einstiegskonsum dienen würde. Des Weiteren fragt er, wie man die Eltern mit der Thematik des Medienkonsums bestmöglich anspreche. Ob Fernsehen der Einstieg für den Medienkonsum ist, ist laut Frau Flemming schwer zu sagen. Einige Kinder könnten sicherlich früh mit Medienkonsum einsteigen, wohingegen bei anderen Kindern eine individuelle Lösung gefunden werden sollte. Frau Törper ergänzt, dass Fernsehen ein Einstieg sein kann, aber dies muss nicht zwingend zu einem ungesunden Umgang führen. Ungesundes entsteht, weil keine Alternativen geboten werden

oder die Bildschirmzeit nicht eingehalten wird oder andere Probleme in den familiären Strukturen vorliegen. Hilfestellung und Beratung sind daher wichtige Bausteine.

Herr StV Baumann-Duderstaedt (Bündnis 90 / DIE GRÜNEN + P) bedankt sich für den Vortrag und erkundigt sich, wie Workshops für die Eltern angenommen werden. Frau Törper erläutert, dass die Eltern die Angebote nicht so gut annehmen würden. Die Schulen signalisieren bereits im Vorfeld, wenn seitens der Eltern kein großes Interesse besteht. Im Elterncafé waren 12 Eltern anwesend, was bereits eine beachtliche Beteiligung darstellte. Andere Angebote wurden aus mangelndem Interesse abgesagt.

Frau StV Brand (DIE MÖWEN) fragt, ob Spielekonsolen in den Workshops angesprochen werden. Frau Flemming erklärt, dass in den Schulen ein Basisworkshop angeboten wird, wo Grundthemen wie Mediennutzungszeiten und Passwörter besprochen werden. Zusätzlich werden weitere Aufbauworkshops zu verschiedenen Themen angeboten. Unter anderem zählt dazu auch der Aufbauworkshop Gaming, in dem alles besprochen wird, was dieses Thema betrifft.

Die Ausschussvorsitzende bedankt sich bei Frau Flemming und Frau Törper für den Vortrag.

Die Präsentation befindet sich im Anhang.

4.2. "Erste Hilfe für Kopf und Seele - Stiller Raum und Offenes Ohr" Angebot bei psychischer Belastung, Reizüberflutung und Überforderung bei der Sail 2025 - Vortrag durch Herrn Tietje (Psychiatriekoordinator), Sozialpsychiatrischer Dienst des Gesundheitsamtes

Die Ausschussvorsitzende begrüßt Herrn Tietje aus dem Gesundheitsamt und leitet den Vortrag „Erste-Hilfe für Kopf und Seele - Stiller Raum und Offenes Ohr“ ein. Sie berichtet, dass dieses Angebot erstmalig bei der SAIL 2025 eingerichtet wurde. Das Angebot ist in Zusammenarbeit mit dem Netzwerk inklusives Bremerhaven (NIB) und dem Zentrum für seelische Gesundheit (ZSG) auf die Beine gestellt worden.

Herr Michael Tietje berichtet, dass im Rahmen der SAIL 2025 in Bremerhaven erstmals ein besonderes Unterstützungsangebot für Menschen geschaffen wurde, die sich in der lauten und trubeligen Umgebung einer Großveranstaltung schnell überfordert fühlen oder Panikattacken entwickeln. Die Idee entstand aus der Beobachtung heraus, dass immer mehr Menschen in solchen Situationen in akute Krisen geraten können. In Kooperation mit dem ZSG, dem NIB, der SAIL-Organisation und dem professionellen Awareness-Team wurde ein Rückzugs- und Beratungsangebot ins Leben gerufen. Finanziell unterstützt wurde das Projekt zusätzlich durch die Bürgerstiftung Bremerhaven, was es ermöglichte, Informationsmaterialien, Plakate und Öffentlichkeitsarbeit umzusetzen.

Kern des Angebots waren zwei Bausteine: Ein „stiller Raum“ als reizarme Rückzugsmöglichkeit und das Format „Offenes Ohr“ für akute Gespräche und erste Kriseninterventionen. Der Rückzugsraum war bewusst reizarm gestaltet, nahezu ohne visuelle oder taktile Reize, um insbesondere Menschen mit sensorischer Überlastung – z. B. aus dem Autismus-Spektrum – einen sicheren Ort zu bieten. Die Ehrenamtlichen des Netzwerks achteten streng darauf, dass keine Handys genutzt wurden und kein geselliges Verhalten stattfand, um die Ruhe zu wahren.

Das Gesprächsangebot „Offenes Ohr“ zielte darauf ab, Menschen in Überforderungssituationen direkt emotional zu unterstützen, zuzuhören und bei Bedarf Wege zur weiteren Hilfe aufzuzeigen. Um die Sicherheit aller Beteiligten zu gewährleisten, wurde ein diskretes Backup-Netzwerk aus Fachärzt:innen, Klinikpersonal und dem Krisendienst des Gesundheitsamts im Hintergrund eingerichtet. So hätte im Ernstfall jederzeit professionelle Hilfen angefordert werden können – auch wenn dies letztlich nicht notwendig war.

Das Angebot wurde an zwei Nachmittagen – Freitag und Samstag, jeweils fünf Stunden – bereitgestellt. Alle Beteiligten arbeiteten ehrenamtlich oder aus eigenen Ressourcen der einzelnen Organisationen heraus, da kein zusätzliches Budget zur Verfügung stand. Die gute Zusammenarbeit mit dem Awareness-Team und dem Sanitätsdienst ermöglichte eine enge

Vernetzung: Bei Bedarf konnten Menschen aktiv vom Gelände abgeholt und in den Rückzugsraum begleitet werden.

Insgesamt wurde das Angebot positiv aufgenommen. Der stille Raum wurde von 15 Personen und das Beratungsangebot von 11 Personen aufgesucht. Einige Beispiele zeigen die Bandbreite der Anliegen: Eine junge Frau mit deutlichen Überforderungsanzeichen konnte durch die Ruhe und das Gespräch im Raum dazu motiviert werden, auf der Veranstaltung zu bleiben, statt sie abbrechen zu müssen. Ein älteres Ehepaar suchte Unterstützung wegen psychosomatischer Beschwerden und ein Vater mit zwei kleinen Kindern nutzte den Raum, weil die Lautstärke auf dem Gelände für die Kinder zu belastend war.

Neben den direkten Nutzer:innen gab es viele interessierte Besucher:innen, die sich über das Konzept informierten – darunter Vertreter:innen der Bundeswehr, des Bundestages und anderer Organisationen, die sich von dem Ansatz inspirieren lassen wollten. Auch über Social Media und die Presse wurde das Angebot gut verbreitet. Viele Menschen reagierten positiv, selbst wenn sie es nicht nutzten – sie nahmen es als Zeichen für Achtsamkeit und Inklusion wahr.

Rückblickend bewertet Herr Tietje das Projekt als vollen Erfolg. Die Beteiligung von Ehrenamtlichen – darunter Menschen mit eigener Krisenerfahrung – wurde als besonders wertvoll hervorgehoben. Das gemeinsame Arbeiten mit professionellen Kräften trug zur hohen Qualität des Angebots bei.

Für die Zukunft wäre es wünschenswert, dass solche Angebote früher geplant und fester Bestandteil großer Veranstaltungen werden. Dabei könnten die Formate etwas flexibler und effizienter gestaltet werden: Eine Mischung aus einem abgedunkelten Rückzugsraum, einem Beratungsbereich und einem dazwischenliegenden angenehmen Aufenthaltsbereich wäre denkbar. Auch die Kombination mit dem Awareness-Team oder eine Anbindung an eine Sanitätsstation wäre eine weitere Erwägung. Zudem sollen die Öffnungszeiten in Zukunft möglichst auch die Abendstunden abdecken, da hier der Unterstützungsbedarf möglicherweise besonders hoch ist.

Insgesamt zeigte sich: Ein solches Angebot ist machbar, sinnvoll und notwendig – auch ohne großes Budget. Das Engagement der Beteiligten war entscheidend und die positive Resonanz bestätigte, dass das Thema psychische Gesundheit und Rückzugsräume bei Großveranstaltungen einen wichtigen Platz verdient. Bremerhaven hat mit diesem Projekt ein Zeichen gesetzt – für Achtsamkeit, Teilhabe und solidarisches Miteinander.

Die Ausschussvorsitzende bedankt sich für den Vortrag und für das Engagement aller Teilnehmenden und involvierten Personen.

Herr StV Freemann (FDP) bedankt sich für den Vortrag und stellt fest, dass so eine Einrichtung bei Großveranstaltungen sinnvoll ist. Es sollte ggf. dauerhaft mit ins Programm aufgenommen werden, dafür sei dann aber die Erlebnis Bremerhaven zuständig. Viele Menschen haben an diesen heißen Tagen auch einen Rückzugsort vor der Sonne gesucht, da sie mit Kreislaufproblemen zu kämpfen hatten. Letztlich sind solche Orte sehr wichtig, die Unterstützung aus politischer Sicht ist auch weiterhin gesichert.

Frau StV Wittig (SPD) hat den Sitzungsraum verlassen.

4.3. Sitzungstermine des Gesundheitsausschusses 2026

GA 17/2025

Der Gesundheitsausschuss stimmt den vorgeschlagenen Sitzungsterminen für 2026 einstimmig zu.

5. Anträge

5.1. Antrag der Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN + P "Ärzt:innengewinnung für Bremerhaven"

GA 13/2025

Herr StV Baumann-Duderstaedt (Bündnis 90 / DIE GRÜNEN + P) erläutert, dass das Klinikum Bremerhaven-Reinkenheide (KBR) derzeit eine exklusive Kooperation mit der Universitätsklinik Göttingen führt. Dabei wäre es durchaus überlegenswert, dass eine zeitgleiche Zusammenarbeit mit der Universität Oldenburg sinnvoll wäre, da die angehenden Mediziner:innen, die ihr praktisches Jahr im KBR durchlaufen, beziehungsweise die Fachärzt:innenausbildung absolvieren, dazu neigen, an ihren Heimatort zurückzukehren.

Herr StV Freemann (FDP) erklärt, dass eine Zusammenarbeit mit der Universität Oldenburg zum Verlust des Status als Lehrkrankenhaus in Göttingen führen würde, da die Universität Göttingen keine parallelen Kooperationen zulässt. Dies würde erhebliche strukturelle und strategische Nachteile für das KBR mit sich bringen. Die Chefärzt:innen des KBRs haben diese Thematik bereits erörtert und sich klar gegen eine Kooperation mit Oldenburg ausgesprochen, da die potenziellen Nachteile die Vorteile überwiegen. Zudem zeigt die Erfahrung, dass Studierende aus Oldenburg ihr praktisches Jahr am KBR wahrnehmen könnten, mit einem organisatorischen Wechsel an die Universität Göttingen. Dies wird aber kaum wahrgenommen – nicht aufgrund mangelnder Ausbildungsqualität, sondern aufgrund einer allgemeinen Präferenz für Großstädte mit urbanem Umfeld. Des Weiteren verliert Bremerhaven regelmäßig ausgebildete Ärzt:innen nach einigen Jahren an größere Häuser. Ein zusätzlicher Vertrag birgt mehr Risiken und wird daher abgelehnt.

Der Antrag wird bei zwei Stimmen dafür von Herrn StV Baumann-Duderstaedt (Bündnis 90 / DIE GRÜNEN + P) und Frau StV Brand (DIE MÖWEN) und einer Enthaltung von Herrn StV Stark (BD) abgelehnt.

5.2. Antrag der Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN + P vom 19.07.2025 hier: GA 14/2025
"Institutsambulanzen zur Kompensation des Ärztemangels in Bremerhaven"

Herr StV Hoffmann (SPD) weist darauf hin, dass Verträge für Institutsambulanzen nicht mit der Kassenärztlichen Vereinigung (KV), sondern direkt mit den Krankenkassen abgeschlossen werden. Im Gespräch mit dem KBR wurde festgestellt, dass dort zahlreiche Stellen unbesetzt sind und vermehrt auf Arbeitnehmerüberlassung zurückgegriffen wird, was eine erhebliche finanzielle Belastung für das KBR darstellt. Auch in der Dermatologie konnte die Nachfolge im Medizinischen Versorgungszentrum (MVZ) nicht nachbesetzt werden, da qualifizierte Fachkräfte fehlen. Das KBR verfügt zudem über keine stationäre Kinder- und Jugendpsychiatrie, wodurch eine aktive Unterstützung in diesem Bereich nicht möglich ist. Der Fachärztemangel ist eine bekannte und anhaltende Herausforderung, die regelmäßig im Aufsichtsrat des KBR diskutiert wird.

Frau StV Brand (DIE MÖWEN) merkt an, dass eine andere Berechnungsgrundlage der KV wünschenswert wäre, da diese derzeit nach „Köpfen“ rechnet. Das Problem ist, dass heutzutage Ärzt:innen oft nicht mehr als Selbstständige arbeiten, sondern als Angestellte – hier sollte nicht nach Köpfen berechnet werden, sondern nach Arbeitszeit.

Der Antrag wird bei zwei Stimmen dafür von Herrn StV Baumann-Duderstaedt (Bündnis 90 / DIE GRÜNEN + P) und Frau StV Brand (DIE MÖWEN) und einer Enthaltung von Herrn StV Stark (BD) abgelehnt.

6. Anfragen

6.1. Anfrage der Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN + P "Gewinnung von Psychotherapeut:innen für Bremerhaven" vom 19.07.2025 GA 15/2025
hier: Beantwortung

Der Gesundheitsausschuss nimmt die Beantwortung der Anfrage der Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN + P zur „Gewinnung von Psychotherapeut:innen für Bremerhaven“ zur Kenntnis.

6.2. Anfrage der Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN + P "Belastungssituation der Arche Klinik Bremerhaven"
hier: Beantwortung

GA 16/2025

Der Gesundheitsausschuss nimmt die Beantwortung der Anfrage der Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN + P zur „Belastungssituation der Arche Klinik Bremerhaven“ zur Kenntnis.

7. Verschiedenes

Die Ausschussvorsitzende stellt die neue Vertretung (Frau Bock) von Herrn Schröder (Verwaltungsleiter des Gesundheitsamtes) vor. Diese ist gleichzeitig die neue Protokollführerin des Gesundheitsausschusses.

Herr StV Hoffmann (SPD) richtet im Namen der Koalition zur Hälfte der aktuellen Legislaturperiode einen Dank an die Verwaltung. Sie zeigt sich dankbar für die erreichten Fortschritte, etwa bei der Einrichtung einer Gewaltschutzambulanz und der geplanten Umsetzung eines integrierten Notfallzentrums – beides zentrale Anliegen. Er erwähnt auch die HPV-Impfkampagne. Auch lobt er in diesem Zusammenhang das Gesundheitsamt für seine schnelle Reaktionszeiten.

Frau StV Brand (DIE MÖWEN) erkundigt sich nach der Eröffnung der Gewaltschutzambulanz. Frau Stadträtin Toense teilt mit, dass diese am 04.09.2025 eröffnet werde.

Frau StV Wittig (SPD) kehrt in den Sitzungsraum zurück und war bei den Abstimmungen zu TOP 5.1. und TOP 5.2. nicht anwesend.

Vorsitzende

Schriftführerin

A. Toense
Stadträtin

Bock